



universität  
wien

# **EXPOSÉ**

zum Dissertationsvorhaben

mit dem vorläufigen Titel

**Die deregulierte GmbH ohne Mindestkapital  
im österreichischen und europäischen Kontext**

Verfasser

Mag. Mgr. Ladislav Bulajcsik

angestrebter akademischer Grad

Doktor der Rechtswissenschaften (Dr. iur.)

Wien, im Jänner 2020

Studienkennzahl laut Studienblatt:

UA 783 101

Dissertationsgebiet laut Studienblatt:

Doktorat Rechtswissenschaften

Betreuer:

Univ.-Prof. Dr. Chris Thomale, LL.M.

## INHALTSVERZEICHNIS

I.	Inhaltliche Beschreibung des Dissertationsvorhabens .....	3
A.	Einführung .....	3
B.	Kapitalaufbringung .....	4
C.	Österreichische Reformen in der jüngeren Zeit.....	5
D.	Europarechtliche Perspektive .....	6
E.	Rechtsvergleichende Untersuchung anhand von ausgewählten EU-Ländern .....	8
F.	Zusammenfassung, Überlegungen de lege ferenda .....	9
II.	Fragestellungen .....	9
III.	Vorläufige Gliederung der Dissertation .....	10
IV.	Überblick über den Forschungsstand .....	15
V.	Darstellung der geplanten Methoden .....	16
A.	Klassische Interpretationsmethoden und Rechtsvergleichung .....	16
B.	Rechtstatsächlicher Untersuchungsgang .....	17
VI.	Geplanter Aufbau der Dissertation.....	18
VII.	Zeit- und Arbeitsplan .....	19
VIII.	Vorläufiges Literatur- und Judikaturverzeichnis.....	20

## I. Inhaltliche Beschreibung des Dissertationsvorhabens

### A. Einführung

99,6% aller österreichischen Unternehmen zählen zu den KMUs, das sind über 328.900 kleinere und mittlere Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitern und einer Umsatzsumme bis EUR 50 Mio. bzw einer Bilanzsumme bis EUR 43 Mio.<sup>1</sup> In Zeiten der zunehmenden Globalisierung und Digitalisierung herrscht die Grundüberzeugung, dass eine Unternehmensgründung rasch, billig und einfach erfolgen muss. Abgesehen von einer erfolgsversprechenden Unternehmensidee, zählt die wohlüberlegte Rechtsformwahl zu den wichtigsten Fragestellungen im Gründungsstadium. Diese Wahl wird anhand von diversen abgaben-, sowie organisationsrechtlichen Determinanten getroffen, wobei die Einzelunternehmerschaft oder die Vergesellschaftung in Form einer Personen- oder Kapitalgesellschaft in Betracht kommen wird. Auch wenn die GmbH hierzulande immer noch als die beliebteste Gesellschaftsform gilt und auch als Einpersonengesellschaft realisierbar ist, dominieren die Einzelunternehmer (84,9%) in der heimischen Gründerszene als Unternehmensrechtsträger.<sup>2</sup> Neben der (gewinnabhängig) höheren steuerlichen Belastung können aber auch strenge Kapitalaufbringungsregeln, sowie mit der Gründung verbundene Kosten und der bürokratische Aufwand dafür verantwortlich sein, dass Jungunternehmer im Zuge ihrer Rechtsformwahl letztlich von der GmbH Abstand nehmen. Die Wohltat der beschränkten Haftung kann offenbar diese Nachteile der GmbH nicht aufwiegen.

Soll die GmbH nicht nur als die ideale Konzerntochter zur Verfügung stehen,<sup>3</sup> sondern auch als ernsthafte Rechtsformalternative für KMUs national und international (s Pkt D. und E.) wettbewerbsfähig sein, so muss unter Bedachtnahme auf die oben dargestellten Gegebenheiten über ihr Deregulierungs- bzw Flexibilisierungspotential *de lege ferenda* nachgedacht werden. Aus gesellschaftsrechtlicher Sicht stehen ua die Gründungserfordernisse im Vordergrund, wie die Kapitalaufbringungsregeln (va die rechtspolitische Glaubensfrage der Sinnhaftigkeit des

---

<sup>1</sup> Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, Mittelstandsbericht 2018, 10, 143 abrufbar unter <https://www.bmdw.gv.at/Themen/Wirtschaftsstandort-Oesterreich/KMU/Mittelstandsbericht.html> (zuletzt abgerufen am 27.01.2020).

<sup>2</sup> S *Wirtschaftskammer Österreich*, Unternehmensneugründungen 1993 – 2019 (2020) 29, abrufbar unter [http://wko.at/statistik/ng/ng2019v-gesamt.pdf?\\_ga=2.41341088.347497560.1580123139-1409090789.1571488489](http://wko.at/statistik/ng/ng2019v-gesamt.pdf?_ga=2.41341088.347497560.1580123139-1409090789.1571488489) (zuletzt abgerufen am 27.01.2020)

<sup>3</sup> Vgl zum Anwendungsbereich *Nowotny* in *Kalss/Nowotny/Schauer*, Österreichisches Gesellschaftsrecht<sup>2</sup> Rz 4/10 (Stand 1.6.2017, rdb.at).

Mindeststammkapitals<sup>4</sup>), die besonderen Formerfordernisse (Stichwort Notariatsaktspflicht), sowie die sonstigen Gründungsschritte.

## **B. Kapitalaufbringung**

Das gesetzliche Mindeststammkapital einer GmbH beträgt gemäß § 6 Abs 1 GmbHG EUR 35.000,--, kann jedoch bei Inanspruchnahme der Gründungsprivilegierung gemäß § 10b GmbHG mit EUR 10.000,-- festgesetzt werden. Jedoch muss das Mindeststammkapital einer gründungsprivilegierten GmbH innerhalb von 10 Jahren auf die gewöhnlichen EUR 35.000,--, die Mindesteinzahlung von EUR 5.000,-- auf EUR 17.500,-- erhöht werden.

Seit Jahren besteht ein nicht enden wollender Diskurs darüber,<sup>5</sup> ob die Regelung des als vergleichsweise hoch empfundenen Mindestkapitals die notwendige Seriositätsschwelle für allzu leichtfertige Gründungen bildet oder lediglich eine unnötige Hürde für Neugründungen werdender Unternehmer darstellt. Vor allem bei Neugründungen nicht etablierter Unternehmen stellt sich die Frage, ob diese hinsichtlich ihrer Rechtsformwahl eingeschränkt werden und ihnen die Wohltat der Haftungsbeschränkung erschwert wird. Vorgeworfen wird auch, dass die angebliche Gläubigerschutzfunktion durch das Mindestkapital nur ein unerfüllter Wunsch des Wirtschaftslebens zu bleiben vermag.<sup>6</sup> Andererseits wird vertreten, dass das Mindestkapital eine durchaus nützliche Barriere für die Entstehung von unwürdigen Kapitalgesellschaften bildet (sogenannte Seriositäts- oder auch Ernsthaftigkeitsschwelle) und somit eine verhaltenssteuernde Funktion aufweist.<sup>7</sup> Zugleich sollen Gründer nicht in den Genuss der Eintragung ihrer Gesellschaft in das österreichische Firmenbuch kommen, wenn der Geschäftsführer einer kapitalschwachen GmbH nach seinen ersten Handlungen die Insolvenz

---

<sup>4</sup> S *Kalss/Eckert*, Die GmbH ohne Mindeststammkapital und die Deregulierung der Kapitalaufbringung, in *Bachner* (Hrsg), GmbH-Reform (2008) 18 ff.

<sup>5</sup> Vgl *Doralt*, Zum Entwurf einer Novelle des GmbH-Gesetzes, JBl 1977, 124 ff; *Kalss*, Die Zukunft der GmbH, GesRZ-spezial 2006, 41 (51); *Kalss/Eckert*, Zentrale Fragen des GmbH-Rechts: Entwicklung, Perspektiven, Materialien (2005) 327 ff; *Kalss/Schauer*, Die Reform des Kapitalgesellschaftsrechts, GesRZ 2006, 171 (174 f); *Kalss/Schauer*, Die Reform des Österreichischen Kapitalgesellschaftsrechts: Gutachten, 16. ÖJT II/1 (2006) 453 ff; *Kastner*, Zur Reform des GmbH-Rechts, JBl 1973, 169 (170); *Krejci*, Das GmbH-Mindestkapital soll doch noch in dieser Legislaturperiode auf EUR 10.000 gesenkt werden, GES 2013, 113; *Krejci*, Gegen Billig-Gesellschaften m.b.H. Zur Reformdiskussion über Gründungserleichterungen, ÖZW 2008, 39; *Krejci*, Gesellschaftsrechtspolitik im Zwielficht, GES 2013, 329; *Krejci*, Zum Entwurf eines GesRÄG 2013. Die verbilligte GmbH verführt zur Unterkapitalisierung, erhöht die Insolvenzgefahr und schadet den Gläubigern GES 2013, 171; *Reich-Rohrwig*, 100 Jahre GmbH-Gesetz, eolex 2006, 488; *Rüffler*, Gläubigerschutz durch Mindestkapital und Kapitalerhaltung in der GmbH – überholtes oder sinnvolles Konzept? Ges 2005, 140.

<sup>6</sup> *Kalss/Eckert*, Die GmbH ohne Mindeststammkapital, in *Bachner* (Hrsg), GmbH-Reform 19.

<sup>7</sup> S etwa *Krejci*, ÖZW 2008, 39 (42).

anzumelden haben wird.<sup>8</sup> Das gesetzliche Mindeststammkapital stelle daher als Garantiekapital gemeinsam mit den Kapitalaufbringungs- und später mit den -erhaltungsregeln eine Art kollektivvertragliche Grundsicherung für die Gesamtgläubigerschaft dar.<sup>9</sup>

### C. Österreichische Reformen in der jüngeren Zeit

Dem Trend der anderen EU-Mitgliedstaaten folgend, versuchte der österreichische Gesetzgeber zunächst mit dem GesRÄG 2013<sup>10</sup> unter anderem durch Herabsetzung des Mindeststammkapitals von EUR 35.000,-- auf EUR 10.000,-- die Gesellschaftsform der GmbH zu attraktivieren. Wegen des gefürchteten Ausfalls der Mindest-KöSt – diese ist nämlich gem § 24 Abs 4 Z 1 KStG an das gesetzliche Mindeststammkapital geknüpft – wurde jedoch die sogenannte GmbH light nach ihrem kurzen Bestehen mit dem AbgÄG 2014<sup>11</sup> durch die gründungsprivilegierte GmbH abgelöst. Sogar der VfGH<sup>12</sup> wurde 2017 zum Akteur der Diskussion, nachdem verfassungsrechtliche Bedenken im Hinblick auf den Gleichheitsgrundsatz (Art 2 StGG, Art 7 Abs 1 B-VG) von einem in die Rechtslage vor dem GesRÄG 2013 fallenden Gründer geäußert wurden.

Neben der Finanz- wurde unlängst auch die Organisationsverfassung der GmbH durch das Deregulierungsgesetz 2017<sup>13</sup> liberalisiert, indem die Möglichkeit einer vereinfachten Gründung gemäß § 9a GmbHG eingeführt wurde. Seitdem steht es ausschließlich einer natürlichen Person (und nicht mehreren) offen, eine standardisierte GmbH ohne Zuhilfenahme eines Notars und teilweise online zu gründen. Eine weitere Voraussetzung dieser Einpersonen-GmbH ist, dass die natürliche Person als Alleingesellschafterin auch als einzige Geschäftsführerin bestellt wird. Insbesondere wegen des fehlenden Mindestmaßes an Rechtsberatung (man denke etwa an die oft problematische Firmenbildung), eines engen praktischen Anwendungsbereichs und möglicher Missbrauchsgründungen, wurde jedoch von Lehre und Praxis vielfach Kritik an

---

<sup>8</sup> So Rüffler, Ges 2005, 140 (146). Vgl auch ErläutRV 236 BlgHH 17. Sess 58: „Unter einer bestimmten Grenze kann das Bedürfnis nach Kapitalsassoziation überhaupt nicht mehr anerkannt werden; es würde wirtschaftlich nicht nur kein Vorteil, sondern ein nicht abzuleugnender Nachteil sein, wenn eine Überzahl unbedeutender und ungenügend fundierter Gesellschaften entstehen würde, die den Keim des Unterganges von Anfang an in sich tragen und bei denen ein hinreichendes Interesse der Teilnehmer an dem Unternehmen nicht wacherhalten werden kann.“

<sup>9</sup> S Rüffler, Ges 2005, 140 (145) mwN.

<sup>10</sup> BGBl I Nr. 109/2013.

<sup>11</sup> BGBl I Nr. 13/2014.

<sup>12</sup> VfGH 14.03.2017, G 311/2016.

<sup>13</sup> BGBl I Nr. 2017/40. Die vereinfachte Gründung gem § 9a GmbHG wurde jedoch als sogenannte "Sunset Clause" eingeführt und soll gem § 127 Abs 23 GmbHG mit Ablauf des 31.12.2020 außer Kraft treten.

dieser neu entstandenen Gründungsart geübt.<sup>14</sup> Schließlich ermöglicht seit 01.01.2019 das Elektronische Notariatsform-Gründungsgesetz, ENG<sup>15</sup> die elektronische Errichtung eines Notariatsakts ohne gleichzeitige persönliche Anwesenheit auch bei Mehrpersonengesellschaften, womit der Weg zur digitalen GmbH-Gründung geebnet wurde.

#### **D. Europarechtliche Perspektive**

Die durch den EuGH liberal ausjudizierte Niederlassungsfreiheit<sup>16</sup> von Kapitalgesellschaften, sowie das unzureichend harmonisierte Gesellschaftsrecht der kapitalmarktfernen Gesellschaft, führt zu einem Deregulierungswettbewerb innerhalb der EU-Jurisdiktionen. Eine Aufarbeitung der Grundlagen des europäischen Gesellschaftsrechts samt der Judikaturentwicklung des EuGH betreffend die grenzüberschreitende Mobilität von Gesellschaften scheint daher geboten. Nach der bisherigen Rsp herrscht nämlich der Zustand, dass vor dem Hintergrund des Rechtsformwettbewerbs der präventive Gläubigerschutz in Form eines strengen Mindestkapitals oder sonstigen dem Gesellschaftsrecht systemimmanenten Mechanismen nicht funktioniert. Aus der Judikatur<sup>17</sup> ergibt sich jedoch, dass Schutzmechanismen, welche systematisch nicht fest im Gesellschaftsrecht verankert sind, nicht mit der Niederlassungsfreiheit konterkarieren und die Mitgliedstaaten es somit durch deren Anwendung noch in der Hand haben, für von Gesellschaftern verschiedene Interessengruppen ein bestimmtes Schutzniveau aufrechtzuerhalten.<sup>18</sup>

Darüber hinaus sollte die Dissertation die Sinnhaftigkeit von Entwürfen der supranationalen (va privaten) Gesellschaftsformen wie *Societas Privata Europaea* und *Societas Unius Personae* in Grundzügen erarbeiten. Diese bergen in sich nämlich das Potential eines vertikalen Rechtsformwettbewerbs im KMU-Bereich. Der im Jahre 2008 veröffentlichte

---

<sup>14</sup> Vgl etwa *Barnert*, Vereinfachte Gründung der GmbH (§ 9a GmbHG) – ein erster Überblick, Aufsichtsrataktuell 2017 H 6, 32; *Endl*, Vereinfachte Gründung der GmbH (§ 9a GmbHG) – ein erster Überblick, RdW 2017, 667; *Rüffler*, Vereinfachte GmbH-Gründung: Wirkungslos, aber gefährlich, Die Presse 2017/05/03; *Schopper/Walch*, Die vereinfachte Gründung nach § 9a GmbHG, ÖBA 2018, 379; *Zib*, Zur vereinfacht gegründeten GmbH nach § 9a GmbHG, in Österreichische Notariatskammer (Hrsg), in FS *Ludwig Bittner* (2018) 851;.

<sup>15</sup> BGBl I 2018/71.

<sup>16</sup> Vor allem EuGH C-81/87, *Daily Mail*, ECLI:EU:C:1988:456; EuGH C-212/97, *Centros*, ECLI:EU:C:1999:126; EuGH C-208/00, *Überseering*, ECLI:EU:C:2002:632; EuGH C-167/01, *Inspire Art*, ECLI:EU:C:2003:512; EuGH C-411/03, *SEVIC Systems AG*, ECLI:EU:C:2005:762; EuGH C-210/06, *Cartesio*, ECLI:EU:C:2008:723; EuGH C-378/10, *Vale*, ECLI:EU:C:2012:440; EuGH C-106/16, *Polbud*, ECLI:EU:C:2017:804.

<sup>17</sup> So zB im insolvenznahen Gesellschaftsrecht, s EuGH C-594/14, *Kornhaas*, ECLI:EU:C:2015:806.

<sup>18</sup> Vgl *Teichmann*, Die GmbH im europäischen Wettbewerb der Gesellschaftsformen, ZGR 2017, 543 (571).

Kommissionsvorschlag<sup>19</sup> zur Einführung der erstgenannten Gesellschaft, einer quasi europäischen GmbH, wurde letztendlich verworfen. Der Entwurf<sup>20</sup> der SUP – einer einheitlichen Einmanngesellschaft – wurde ebenfalls nach geäußerten Bedenken wegen unzureichender Identitätsprüfung bei der Onlineregistrierung zurückgezogen.<sup>21</sup> Sollte in absehbarer Zukunft jedoch eine solche supranationale Gesellschaftsform mit einer einfachen Organisationsverfassung eingeführt werden, ist ein Mindestkapital von höchstens EUR 1,-- zu erwarten, wie das auch in den oben erwähnten Entwürfen vorgesehen war. In diesem Lichte wäre dann die Frage zu beantworten, ob das europäische Gesellschaftsrecht eine vernünftige Alternative für die Gründer auf der Rechtssuche nach einer flexiblen und haftungsbeschränkten Unternehmensform und somit einen Ausweg aus den strengen Kapitalaufbringungs- und Gründungsregeln anbieten könnte.<sup>22</sup> Der Umfang und die Ergebnisse des diesbezüglichen Untersuchungsgangs wären aber naturgemäß von der kommenden gesetzgeberischen Aktivität der entsprechenden EU-Institutionen abhängig.

Die jüngste Initiative einer weiteren Harmonisierung geht auf das "Company Law Package"<sup>23</sup> der EU-Kommission zurück, mit welchem ua digitale Gründungen von Kapitalgesellschaften sowie Online-Registrierungen von Zweigniederlassungen ermöglicht werden sollen. Die zugrundeliegende Richtlinie trat am 31. Juli 2019 in Kraft und sieht eine generelle Umsetzungsfrist bis zum 1. August 2021 vor, wobei im Rahmen der Dissertation zu prüfen sein wird, ob in Österreich nach den letzten Deregulierungsreformen (DeregulierungsG 2017 und ENG 2018) noch weiterer Umsetzungsbedarf zu verorten ist.

---

<sup>19</sup> Vorschlag für eine Verordnung des Rates vom 25.06.2008 über das Statut der Europäischen Privatgesellschaft, KOM(2008) 396 endgültig; S dazu auch *Krejci, Societas Privata Europaea – Zum Kommissionsvorschlag einer Europäischen Privatgesellschaft* (2008).

<sup>20</sup> Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates vom 09.04.2014 über Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit einem einzigen Gesellschafter, KOM(2014) 212 endgültig; S dazu auch *Straube, Gedanken zur geplanten „Societas Unius Personae“ (SUP)*, in *Blocher/Gelter/Pucher* (Hrsg), in *FS Christian Nowotny* (2015) 469.

<sup>21</sup> Mitteilung der Kommission an das europäische Parlament, den Rat, den europäischen wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen vom 24.10.2017, Arbeitsprogramm der Kommission 2018, Agenda für ein enger vereintes, stärkeres und demokratischeres Europa, KOM(2017) 650 endgültig und Rücknahme von Vorschlägen der Kommission, AB1 C 2018/233, 6.

<sup>22</sup> Davon unberührt bleibt freilich die Frage, ob eine liberale Auffassung des Mindestkapitalerfordernisses für die Gründer und den übrigen Rechtsverkehr tatsächlich einen Vorteil darstellt.

<sup>23</sup> Richtlinie (EU) 2019/1151 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20.06.2019 zur Änderung der Richtlinie (EU) 2017/1132 im Hinblick auf den Einsatz digitaler Werkzeuge und Verfahren im Gesellschaftsrecht, AB1 L 2019/186, 80.

## E. Rechtsvergleichende Untersuchung anhand von ausgewählten EU-Ländern

Wenngleich Österreich mithilfe der Gründungsprivilegierung den Ruf des Staates mit dem höchsten Mindeststammkapital auf der Welt loswurde und mit den letzten Novellen der Zugang zur GmbH-Gründung erleichtert wurde, kann *prima facie* nicht eine Liberalisierung des österreichischen GmbH-Rechts in einer derartigen Reichweite angenommen werden, sodass die GmbH mit ihren äquivalenten Gesellschaftsformen in anderen EU-Ländern wettbewerbsfähig wäre. Nur sechs andere EU-Rechtsordnungen verfügen derzeit über Gesellschaftsformen, die ein höheres gesetzliches Mindeststammkapital als eine gründungsprivilegierte GmbH statuieren.<sup>24</sup> Zugleich versuchen einige EU-Länder ihren Rechtsadressaten völlig neu geschaffene Rechtsformgebilde anzubieten, die vereinfachte Gründungsvorschriften und Organisationsstruktur – daneben oft auch kein oder ein sehr niedrig gehaltenes Mindeststammkapital – aufweisen.

In diesem Zusammenhang wäre in der Dissertation ein rechtsvergleichender Überblick über die aktuellsten Entwicklungen in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten darzustellen. Naheliegend ist eine rechtsvergleichende Analyse der deutschen UG (haftungsbeschränkt), die mit dem MoMiG 2008<sup>25</sup> ins Leben gerufen wurde. Mit einem gesetzlichen Mindeststammkapital von EUR 1,-- und dem zwingenden Rechtsformzusatz "UG (haftungsbeschränkt)" ist sie als Unterform der klassischen dGmbH auch Gründungen mit weniger Startkapital zugänglich.

Auch der niederländische Gesetzgeber gab 2012 im Wege der Flex-B. V. Gesetzgebung seinen Glauben an die Sinnhaftigkeit der strengen Kapitalaufbringungsregeln auf und beschriftet den Weg zur Modernisierung des niederländischen Kapitalgesellschaftsrechts. Der Kapitalschutz soll demnach durch die Einführung des sogenannten Solvenztests gewährleistet werden, welcher häufig als alternatives Rechtsinstitut zur Mindestkapitalaufbringung genannt wird.

Um noch ein Beispiel zu nennen, ist die mit 1. Jänner 2017 in der Slowakei eingeführte einfache Aktiengesellschaft (*jednoduchá spoločnosť na akcie*, "j.s.a.") eine rechtsvergleichende Veranschaulichung wert. Diese hybride Gesellschaftsform versucht nämlich die Vorteile der slowakischen Aktiengesellschaft und jene der Gesellschaft mit beschränkter Haftung (also die üblichen Gesellschaftsformen wie man sie auch in Österreich kennt) zu kombinieren.

---

<sup>24</sup> Dabei gilt es zu beachten, dass die Gründungsprivilegierung gem § 10b Abs 5 GmbHG spätestens 10 Jahre nach der Eintragung der Gesellschaft im Firmenbuch endet und danach das Stammkapital in der klassischen Höhe von EUR 35.000 aufzubringen ist.

<sup>25</sup> Das Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen (MoMiG) vom 23. Oktober 2008, dBGBI I 2008, S. 2026.

Gleichzeitig ist in der j.s.a. unter anderem ein Grundkapital von EUR 1,-- vorgesehen, wobei die Aktionäre für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft nicht haften. Welche Schlussfolgerungen man aus den zu untersuchenden Gesellschaftsformen der jeweiligen Länder für die Diskussion über die vertypen Gesellschaftsformen in Österreich und das hierzulande geregelte Mindeststammkapital abgewinnen könnte, soll auf Basis der im Rahmen der Dissertation erarbeiteten Ergebnisse dargestellt werden.

Aufgrund der Ähnlichkeiten und einer größeren praktischen Handhabung bei der GmbH, ist es nicht vorgesehen, das Regelungskonzept des Mindestkapitals bei der österreichischen Aktiengesellschaft in die Untersuchung im Rahmen des Dissertationsvorhabens einzubeziehen.

#### **F. Zusammenfassung, Überlegungen de lege ferenda**

Auf den ersten Blick wäre es hierzulande verlockend, sich durch weitere Liberalisierungsmaßnahmen im österreichischen GmbH-Recht auf den (scheinbar vorliegenden)<sup>26</sup> "race to the bottom"-Wettbewerb einzulassen und somit den Versuch zu unternehmen, den Wirtschaftsstandort für motivierte Unternehmensgründer gesellschaftsrechtlich attraktiver zu gestalten. Ob der Weg der bisherigen Reformen geeignet ist, um dieses Ziel zu erreichen, soll im Verlauf der Untersuchung festgestellt werden. Das Dissertationsvorhaben soll sich zum Ziel setzen, das Regelungskonzept der Kapitalaufbringungsregeln, sowie sonstige Deregulierungsbestrebungen (va das beschlossene DeregulierungsG 2017 und das ENG 2018) vor dem Hintergrund der oben erwähnten Aspekte sowie aus Sicht des Gründer- und Gläubigerschutzes einer kritischen Untersuchung zu unterziehen. Das gegenständliche Regelungsinstrumentarium ist nämlich für die Rechtsformwahl von grundsätzlicher Bedeutung und hat wie bereits erwähnt, Auswirkungen auf die Attraktivität des österreichischen Wirtschaftsstandorts.

## **II. Fragestellungen**

Mit dem Verfassen der Dissertation wird insbesondere die Beantwortung folgender Fragen angestrebt:

- In welchem Ausmaß erfüllen die geltenden Kapitalaufbringungsregeln sowie sonstigen Gründungserfordernisse die Schutzfunktion gegenüber den Gläubigern und Gründern einer österreichischen GmbH?

---

<sup>26</sup> aA Winkler, Vom Mythos eines Regulierungswettbewerbs im Europäischen Gesellschaftsrecht, wbl 2012, 421.

- Welche Schlussfolgerungen kann man aus neuen (supranationalen) Gesellschaftsformen mit einfachen Organisationsregeln und liberalen Mindestkapitalerfordernissen ziehen, welche von anderen EU-Ländern sowie dem EU-Gesetzgeber vorgestellt wurden?
- Welche Maßnahmen würden sich empfehlen, um die Rechtsform der GmbH in der Gründungsphase zu liberalisieren und diese somit möglichst ohne Seriositäts- und Gläubigerschutzeinbußen im Kontext des bestehenden (inter-)nationalen Rechtsformwettbewerbs zu attraktivieren?

### **III. Vorläufige Gliederung der Dissertation**

#### **1. Einleitung**

- 1.1. Problemaufriss
- 1.2. Fragestellungen
- 1.3. Aufbau der Dissertation
- 1.4. Methodenzugang

#### ERSTER TEIL – KAPITALAUFBRINGUNG UND DEREGULIERUNG DER GMBH IN ÖSTERREICH

#### **2. Genese der Kapitalaufbringung GmbH in der früheren Vergangenheit**

- 2.1. Einführung
- 2.2. Von den ersten Entwurfsarbeiten bis zur Stammfassung
  - 2.2.1. Diskurs über das Grundkonzept
  - 2.2.2. Das ursprüngliche Regelungskonzept des Mindeststammkapitals
- 2.3. Erste Reformbestrebungen in der Monarchiezeit
- 2.4. Abnehmende Beliebtheit in der ersten Republik
- 2.5. Weitere Reformdiskussionen bis zur GmbH in der zweiten Republik
- 2.6. Entwicklung in der frühen Nachkriegszeit
  - 2.6.1 Schillingeröffnungsbilanzgesetz (SEBG)
- 2.7. GmbH-Novelle 1980
  - 2.7.1. Entwicklung in Deutschland
  - 2.7.2. Anregungen zum Reformbedarf in Österreich
  - 2.7.3. Gesetzliche Durchführung
- 2.8. Spätere Reformen bis zum GesRÄG 2013
  - 2.8.1. Einfluss des Europäischen Gesellschaftsrechts

- 2.8.2. Gesellschaftsrechtliche Begleitmaßnahmen anlässlich der Euro-Einführung 2002
- 2.8.3. Sonstige Reformen bis zum GesRÄG 2013
- 3. Der legislative Zickzack-Kurs zur Mindestkapitalabsenkung**
  - 3.1. Auftakt der Reformdebatte
    - 3.1.1. 100-jähriges GmbH-Bestehen als Auftakt zu einer Grundsatzreform
    - 3.1.2. Symposium "GmbH-Reform" 2008
  - 3.2. GmbH light – GesRÄG 2013
    - 3.2.1. Mindestkapitalabsenkung
    - 3.2.2. Gründungskostenreduktion
  - 3.3. Gründungsprivilegierte GmbH – AbgÄG 2014
  - 3.4. Verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Gründungsprivilegierung
- 4. Die vereinfachte Gründung – DeregulierungsG 2017**
  - 4.1. Einführung
  - 4.2. Voraussetzungen für die vereinfachte Gründung
    - 4.2.1. Die natürliche Person als Alleingesellschafterin
    - 4.2.2. Einziger Gesellschafter-Geschäftsführer
    - 4.2.3. Beschränkung der Errichtungserklärung auf den Mindestinhalt
  - 4.3. Gründungsablauf
    - 4.3.1. Kontoeröffnung und Leistung auf die Stammeinlage
    - 4.3.2. Errichtungserklärung
    - 4.3.3. Firmenbuchanmeldung
    - 4.3.4. Begleitung durch die Bank anstatt des Notars
  - 4.4. Haftungsrisiken für das Kreditinstitut
  - 4.5. Weitere Probleme der vereinfachten Gründung
  - 4.6. Alternativen
- 5. Digitale GmbH-Gründung – ENG 2018**
  - 5.1. Rechtlicher Rahmen
  - 5.2. Identitätsfeststellung
  - 5.3. Technischer Rahmen
  - 5.4. Weiterer Anwendungsbereich
- 6. Grundcharakteristika der GmbH im Lichte der aktuellen Liberalisierungstendenzen**
  - 6.1. Das Trennungsprinzip

- 6.1.1. Grundlagen
- 6.1.2. Die Rechtfertigung der Haftungsbeschränkung
- 6.1.3. Ausnahmen der Haftungsbeschränkung
  - 6.1.3.1. Vermögensvermischung
  - 6.1.3.2. Materielle Unterkapitalisierung
  - 6.1.3.3. Existenzvernichtung
  - 6.1.3.4. Rechtsformmissbrauch
- 6.2. Das Problem der Vorgesellschaft
- 6.3. Grundsatz der Kapitalaufbringung und -erhaltung
  - 6.3.1. Das Mindeststammkapital und seine Sinnhaftigkeit
    - 6.3.1.1. Seriositätsschwelle
    - 6.3.1.2. Insolvenzprophylaxe
    - 6.3.1.3. Gläubigerschutzfunktion
  - 6.3.2. Alternative Gläubigerschutzmechanismen
    - 6.3.2.1. Financial Covenants
    - 6.3.2.2. Solvenztests
- 6.4. Die GmbH-Gründung im Einzelnen
  - 6.4.1. Materielle Gründungserfordernisse
    - 6.4.1.1. Bargründung
    - 6.4.1.2. Sacheinlagen
    - 6.4.1.3. Das Problem der verdeckten Sacheinlagen
  - 6.4.2. Formelle Gründungserfordernisse
    - 6.4.2.1. Satzung
    - 6.4.2.2. Notariatsaktspflicht
    - 6.4.2.3. Firmenbildung
    - 6.4.2.4. Bankbestätigung
    - 6.4.2.5. Firmenbuchanmeldung
    - 6.4.2.6. Sonstiges

## **7. Zusammenfassung und eigene Würdigung**

### ZWEITER TEIL –EUROPARECHTLICHER KONTEXT

## **8. Einführung**

- 8.1. Rechtsquellen des Europäischen Gesellschaftsrechts

- 8.2. Bislang harmonisierte Rechtsbereiche
  - 8.2.1. Umgründungsrecht
  - 8.2.2. Informationsrechte
  - 8.2.3. Finanzverfassung
  - 8.2.4. Gesellschafterschutz
  - 8.2.5. Corporate Governance

## **9. Rsp des EuGH zur grenzüberschreitenden Mobilität**

- 9.1. Einführung und Vorgeschichte
- 9.2. Sitztheorie
- 9.3. Gründungstheorie
- 9.4. Niederlassungsfreiheit
- 9.5. Verwaltungssitzverlegung – Zuzugssachverhalte
  - 9.5.1. Centros
    - 9.5.1.1. Sachverhalt
    - 9.5.1.2. Urteil des EuGH
    - 9.5.1.3. Fazit
  - 9.5.2. Überseering
    - 9.5.2.1. Sachverhalt
    - 9.5.2.2. Urteil des EuGH
    - 9.5.2.3. Fazit
  - 9.5.3. Inspire Art
    - 9.5.3.1. Sachverhalt
    - 9.5.3.2. Urteil des EuGH
    - 9.5.3.3. Fazit
- 9.6. Verwaltungssitzverlegung – Wegzugssachverhalte
  - 9.6.1. Daily Mail
    - 9.6.1.1. Sachverhalt
    - 9.6.1.2. Urteil des EuGH
    - 9.6.1.3. Fazit
  - 9.6.2. Cartesio
    - 9.6.2.1. Sachverhalt
    - 9.6.2.2. Urteil des EuGH
    - 9.6.2.3. Fazit

- 9.6.3. National Grid Indus
  - 9.6.3.1. Sachverhalt
  - 9.6.3.2. Urteil des EuGH
  - 9.6.3.3. Fazit
- 9.7. Satzungssitzverlegung – Wegzugssachverhalte
  - 9.7.1. Sevic Systems
    - 9.7.1.1. Sachverhalt
    - 9.7.1.2. Urteil des EuGH
    - 9.7.1.3. Fazit
  - 9.7.2. Vale
    - 9.7.2.1. Sachverhalt
    - 9.7.2.2. Urteil des EuGH
    - 9.7.2.3. Fazit
  - 9.7.3. Polbud
    - 9.7.3.1. Sachverhalt
    - 9.7.3.2. Urteil des EuGH
    - 9.7.3.3. Fazit

## **10. Europäische ("Privat"-)Gesellschaften**

- 10.1. Historische Entwicklung
- 10.2. *Societas Privata Europaea*
- 10.3. *Societas Unius Personae*
- 10.4. Sonstige Gesellschaftsformen (SE, SCE, EWIV)

## **11. Das "Company Law Package" 2018**

- 11.1. Einsatz digitaler Werkzeuge und Verfahren im Gesellschaftsrecht
- 11.2. Einführung der grenzüberschreitenden Umwandlung

## **12. Ausblick und eigene Würdigung**

### DRITTER TEIL – RECHTSLAGE VON AUSGEWÄHLTEN EU-JURISDIKTIONEN

## **13. Deutschland**

- 13.1. Alte Rechtslage und Anlassdiskussion zum MoMiG
- 13.2. Das Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen (MoMiG)
- 13.3. Regelungsinhalt der dGmbH

13.4. Regelungsinhalt der Unternehmensgesellschaft (haftungsbeschränkt)

13.5. Kapitalaufbringung

13.6. Zusammenfassung und eigene Würdigung

#### **14. Großbritannien**

14.1. Einführung

14.2. Die britische Limited Company (Ltd.)

14.3. Auswirkungen von BREXIT auf den deutschsprachigen GmbH-Markt

#### **15. Weitere Rechtsordnungen im rechtsvergleichenden Kontext**

15.1. *spółka z ograniczoną odpowiedzialnością* (PL)

15.2. *Společnost s ručením omezeným* (CZ)

15.3. *Korlátolt felelősségű társaság* (HU)

15.4. *Spoločnosť s ručením obmedzeným* und *jednoduchá spoločnosť na akcie* (SK)

15.5. (...)

15.6. Die öGmbH im rechtsvergleichenden Kontext

#### **16. Zusammenfassung und eigene Würdigung**

### VIERTER TEIL – ZUSAMMENFASSUNG DER ERGEBNISSE

Literaturverzeichnis

Judikaturverzeichnis

Zusammenfassung

## **IV. Überblick über den Forschungsstand**

Seit der Anlassdiskussion im Rahmen des 16. Österreichischen Juristentags<sup>27</sup> sind mittlerweile 14 Jahre vergangen, wobei die dort geäußerten rechtspolitischen Empfehlungen nur teilweise umgesetzt wurden. Die vorletzte größere GmbH-Reform verschärfte die Mindestkapitalaufbringungsregeln, indem die GmbH light durch die gründungsprivilegierte GmbH abgelöst wurde. Die Lehre beschäftigte sich zuletzt vor allem mit der am 01.01.2018 in Kraft getretenen vereinfachten Gründung gemäß § 9a GmbHG. In welchem Ausmaß die grds

---

<sup>27</sup> Die Reform des Österreichischen Kapitalgesellschaftsrechts: Referate und Diskussionsbeiträge, 16. ÖJT II/2 (2006); *Kalss/Schauer*, Die Reform des Österreichischen Kapitalgesellschaftsrechts: Gutachten, 16. ÖJT II/1 (2006). Weiters fand im Jahre 2008 das Symposium mit Teilnahme von Akteuren aus der Wissenschaft, Justiz und Interessengruppen unter dem Titel "Herausforderungen für die GmbH im Wettbewerb der Rechtsordnungen – Erleichterte Gründung, Gläubigerschutz, Insolvenzprohylaxe", statt, im Zuge dessen auch diverse Vorschläge diskutiert wurden. Die Resultate mündeten in das Tagungsband *Bachner* (Hrsg), GmbH-Reform (2008).

strengen Gründungsregeln ihre Funktion erfüllen, ist in der Lehre nicht einheitlich beantwortet. Mit dem Verfassen der Dissertation möchte der Autor versuchen, einen Diskussionsbeitrag zum Reformbedarf der österreichischen GmbH in ihrer Gründungsphase zu leisten und Antworten zu finden, die zu einer interessensgerechten Lösung führen würden. Der Autor ist bereits weitgehend mit der Rechtsprechung und der österreichischen und teilweise auch der ausländischen Literatur zu den Themen der Dissertation vertraut.

## V. Darstellung der geplanten Methoden

### A. Klassische Interpretationsmethoden und Rechtsvergleichung

Neben einer umfassenden Analyse der historischen Entwicklung, der österreichischen Judikatur und Literatur mittels der juristischen Datenbanken, soll ein rechtsvergleichender Überblick der Gesellschaften ausgewählter EU-Länder sowie der supranationalen Gesellschaftsformen dargestellt werden.

Dabei sollen im Zuge der Rechtsvergleichung auf Mikroebene Jurisdiktionen dominieren, denen man in Bezug auf die Problematik der deregulierten GmbH originelle Lösungstypen abgewinnen kann.<sup>28</sup> Die rechtsvergleichende Analyse ist besonders durch den ausgelösten Wettbewerb der EU-Länder in Bezug auf eine deregulierte private Kapitalgesellschaftsform<sup>29</sup> aber auch durch die weitgehend ähnlichen gesellschaftsrechtlichen Regelungskonzepte gerechtfertigt. Die in anderen Rechtsordnungen bereits durchgeführten Deregulierungsmaßnahmen können nämlich als relevante Erfahrungen für potentielle österreichische Reformbestrebungen fruchtbar gemacht werden.

Mit den klassischen rechtswissenschaftlichen Interpretationsmethoden soll somit der Sinn und Zweck von den gesetzlichen Kapitalaufbringungsregeln und dem Deregulierungspotential unter Berücksichtigung des Gläubigerschutzes und der Insolvenzprophylaxe ermittelt werden. Das Ziel der Dissertation ist aus den daraus gewonnenen Erkenntnissen und dem umfassenden Rechtsvergleich *de lege ferenda* Überlegungen anzustellen.

---

<sup>28</sup> Drobnič, Methodenfragen der Rechtsvergleichung im Lichte der „International Encyclopedia of Comparative Law“, in Caemmerer (Hrsg), *Ius Privatum Gentium: FS für Max Rheinstein zum 70. Geburtstag am 5. Juli 1969* I: Rechtsmethodik und internationales Recht (1969) 221 (225).

<sup>29</sup> S FN 16.

## B. Rechtstatsächlicher Untersuchungsgang

Unter Anwendung der Rechtstatsachenforschung<sup>30</sup> – einer interdisziplinären Forschungsmethode, welche die tatsächlichen Auswirkungen von Rechtsnormen auf reale Lebenssachverhalte untersucht – soll ein empirischer Befund erarbeitet werden. Im Wege der Datenanalyse aus den Statistiken über rechtsformspezifische Unternehmensneugründungen und Insolvenzen, unter gleichzeitiger Berücksichtigung der zeitlichen Normentwicklung, der Judikaturlinie und wenn realisierbar, im grenzüberschreitenden Kontext, soll eine objektivierte Aussage über die Wettbewerbsfähigkeit der GmbH und einen eventuellen Reformbedarf getroffen werden können. Dieser Untersuchungsgang soll mit der rechtsvergleichenden Methode in Verbindung gebracht werden, indem die Auswahl der zu untersuchenden Rechtsordnungen von der Quantität der Auslandsgesellschaften mit österreichischem Verwaltungssitz abhängig gemacht wird.

Konkret würde sich folgende Herangehensweise anbieten: der Bestand von österreichischen Gesellschaftsformen kann aus den jährlich publizierten Firmenbuchzahlen von *Haybäck*<sup>31</sup> abgebildet werden. Darüber hinaus wird man Statistiken von der Wirtschaftskammer Österreich über Unternehmensneugründungen<sup>32</sup> sowie von der Statistik Austria über die Unternehmensdemografie<sup>33</sup> zur Analyse heranziehen können. Dabei gilt es zu beachten, dass zwar ein ausländischer Rechtsträger, welcher in Österreich eine Zweigniederlassung unterhält, diese gem § 12 UGB in das Firmenbuch einzutragen hat, dennoch aufgrund der deklarativen Wirkung eine dunkle Ziffer von in Österreich tätigen Auslandsgesellschaften bestehen kann, welche dieser Pflicht nicht nachkommen. Um ein verzerrtes Datenbild zu vermeiden, werden daher auch Abfragen des Gewereregisters oder des Hauptverbandes der

---

<sup>30</sup> Zum Methodenzugang vgl. *Bayer*, Rechtstatsachenforschung zum Unternehmensrecht – Bestandsaufnahme und Perspektiven, in *Bayer/Lingelbach* (Hrsg), 100 Jahre Wirtschaftsrecht (2015) 61; *Hamann*, Evidenzbasierte Jurisprudenz. Methoden empirischer Forschung und ihr Erkenntniswert für das Recht am Beispiel des Gesellschaftsrechts (2014); *Spindler/Gerdemann*, Rechtstatsachenforschung. Grundlagen, Entwicklung und Potentiale, Aktiengesellschaft 2016, 698.

<sup>31</sup> *Haybäck*, Firmenbuch-Gesellschaften-H@y-Statistik 2019, PSR 2019, 51:

<sup>32</sup> *Wirtschaftskammer Österreich*, Unternehmensneugründungen 1993 – 2019 (2020), abrufbar unter <http://wko.at/statistik/ng/ng2019v-gesamt.pdf?ga=2.41341088.347497560.1580123139-1409090789.1571488489> (zuletzt abgerufen am 27.01.2020)

<sup>33</sup> Statistik Austria, Statistik zur Unternehmensdemografie: Unternehmensneugründungen 2007-2017 nach Rechtsformen (gruppiert), abrufbar unter [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/wirtschaft/unternehmen\\_arbeitsstaetten/unternehmensdemografie\\_ab\\_2015/neugruendungen\\_bis\\_2015/103482.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/unternehmen_arbeitsstaetten/unternehmensdemografie_ab_2015/neugruendungen_bis_2015/103482.html) (zuletzt abgerufen am 27.01.2020)

Sozialversicherungsträger erforderlich sein. Schließlich soll auch die quartalsmäßig publizierte Insolvenzstatistik rechtsformspezifisch konsultiert werden.

Zuletzt wurde 2008 von *Traar/Kantner*<sup>34</sup> der Versuch unternommen, einen empirischen Befund über die Limited in Österreich zu liefern. Im Rahmen des Dissertationsprojekts sollen im Sinne der obigen Ausführungen aktuelle Daten herangezogen und weitere Auslandsgesellschaften mit erhöhtem Vorkommen in Österreich (etwa die deutsche UG) einbezogen werden. Der Entwicklungsverlauf dieser Daten soll schließlich mit den entsprechenden Meilensteinen in der Gesetzgebung und der Judikatur in Verbindung gebracht werden und somit die Attraktivität und ein allfälliger rechtspolitischer Handlungsbedarf dargestellt werden.

## **VI. Geplanter Aufbau der Dissertation**

Zunächst sollen im ersten Teil der Dissertation die österreichischen Regelungen samt ihren Entwicklungen ausführlich behandelt werden. Darunter fallen der eingeschlagene Zickzack-Kurs bzgl der gesetzlichen Adaptierungen der Mindestkapitalaufbringung, sowie beschlossene Deregulierungsmaßnahmen im Bereich der GmbH-Gründung. Schließlich sollen die Grundcharakteristika des GmbH-Rechts im Lichte der aktuellen Liberalisierungstendenzen beleuchtet werden. Im zweiten Teil wird die europäische Dimension des (ua deregulierten) Gesellschaftsrechts erläutert. Zumindest eine Skizzierung der zugrundeliegenden Judikaturlinie des EuGH erscheint dabei unerlässlich, um die erforderlichen Erkenntnisse herauszudestillieren, ferner werden die bisherigen legislativen Versuche in den einzelnen Gebieten des europäischen Gesellschaftsrechts kritisch auf den Prüfstand gestellt. Im dritten Teil wird eine rechtsvergleichende Analyse von Deregulierungsmaßnahmen einzelner Mitgliedstaaten vorgenommen, woraufhin im vierten Teil die eigene Würdigung sowie die thesenhafte Zusammenfassung der Ergebnisse präsentiert werden sollen. Neben der Beantwortung von gestellten Forschungsfragen soll dabei auch auf einen möglichen rechtspolitischen Handlungsbedarf eingegangen werden.

---

<sup>34</sup> *Traar/Kantner*, Der rechtstatsächliche Befund: Empirische Erhebungen, in *Bachner* (Hrsg), GmbH-Reform 53.

## VII. Zeit- und Arbeitsplan

Arbeitsschritt	Zeitraum			
	SS 19	WS 19	SS 20	WS 20
VO zur rechtswissenschaftlichen Methodenlehre (§ 5 Abs 2 lit a des Curriculums)				
	(absolviert)			
Seminar im Dissertationsfach zur Vorstellung und Diskussion des Dissertationsvorhabens (§ 5 Abs 2 lit b)		x		
Drei Seminare, davon zwei verpflichtend aus dem Dissertationsfach (§ 5 Abs 2 lit b)				
	(absolviert)			
Weitere Lehrveranstaltungen aus dem Dissertationsfach oder dem Bereich der Wahlfächer, soweit erforderlich (§ 5 Abs 3)				
	(absolviert)			
Erstellung des Exposé und Einreichen des Antrages auf Genehmigung des Dissertationsvorhabens (§ 6 Abs 1)	x	x		
Fakultätsöffentliche Präsentation (§ 6 Abs 2)		x		
Abfassung der Dissertation (inkl. Themensuche & Recherche)	x	x	x	x
Abgabe der Dissertation				x
Öffentliche Defensio				x

## VIII. Vorläufiges Literatur- und Judikaturverzeichnis

### Österreich:

#### Kommentare/Monografien:

*Adensamer*, Ein neues Kollisionsrecht für Gesellschaften: Überlegungen zum IPR im Lichte der Judikatur des EuGH zur Niederlassungsfreiheit von Gesellschaften (2006)

*Artmann/Rüffler*, Gesellschaftsrecht (2017)

*Bachner* (Hrsg), GmbH-Reform (2008)

*Bydlinski Franz*, Grundzüge der juristischen Methodenlehre<sup>3</sup> (bearb. von *Peter Bydlinski*) (2018)

Die Reform des Österreichischen Kapitalgesellschaftsrechts: Referate und Diskussionsbeiträge, 16. ÖJT II/2 (2006)

*Doralt Peter*, Der EG-rechtliche Anpassungsbedarf im österreichischen Gesellschaftsrecht (1993)

*Doralt/Nowotny/Kalss*, Kommentar zum Aktiengesetz<sup>2</sup> (2012)

*Eckert*, Internationales Gesellschaftsrecht: das internationale Privatrecht grenzüberschreitend tätiger Gesellschaften (2010)

*Fantur*, Das Haftungssystem der GmbH-Vorgesellschaft (1997)

*Foglar-Deinhardstein/Aburumieh/Hoffenscher-Summer* (Hrsg), GmbHG (2017)

*Geist*, Grundprobleme der GmbH-Vorgesellschaft (1991)

*Gellis* (Hrsg), GmbHG-Gesetz<sup>7</sup> (2009)

*Gruber/Harrer* (Hrsg), GmbHG Kommentar<sup>2</sup> (2018)

*Kalss/Burger/Eckert*, Entwicklung des Aktienrechts (2002)

*Kalss/Eckert*, Zentrale Fragen des GmbH-Rechts: Entwicklung, Perspektiven, Materialien (2005)

*Kalss/Klampfl*, Europäisches Gesellschaftsrecht (2015)

*Kalss/Meissel*, Zur Geschichte des Gesellschaftsrechts in Europa, Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Institutes für Rechtsvorsorge und Urkundenwesen (2003)

*Kalss/Nowotny/Schauer*, Österreichisches Gesellschaftsrecht<sup>2</sup> (2017)

*Kalss/Schauer*, Die Reform des Österreichischen Kapitalgesellschaftsrechts: Gutachten,  
16. ÖJT II/1 (2006)

*Konwitschka*, Kapitalerhöhung durch Verrechnung von Gesellschafterforderungen (1998)

*Koppensteiner/Rüffler* (Hrsg), GmbH-Gesetz: Kommentar<sup>3</sup> (2007)

*Krejci*, *Societas Privata Europaea* – Zum Kommissionsvorschlag einer Europäischen  
Privatgesellschaft (2008)

*Lurger/Melcher*, Handbuch internationales Privatrecht (2017)

*Nowotny/Fida*, Kapitalgesellschaftsrecht, Umgründungsrecht, Übernahmerecht<sup>3</sup> (2015)

*Reich-Rohrwig*, Das österreichische GmbH-Recht in systematischer Darstellung I<sup>2</sup> (1997)

*Reich-Rohrwig*, Grundsatzfragen der Kapitalerhaltung bei der AG, GmbH sowie GmbH & Co  
KG (2004)

*Rieder/Huemer*, Gesellschaftsrecht<sup>5</sup> (2019)

*Straube/Ratka/Rauter* (Hrsg), Wiener Kommentar zum GmbH-Gesetz (ab 2008)

*Škerlj*, Das Gesetz vom 6. März 1906, BGBl. Nr. 58 über Gesellschaften mit beschränkter  
Haftung (1906)

*Taufner*, Die verdeckte Sacheinlage: Sachgründung und Umgehungsgeschäfte (2010)

*Torggler Ulrich* (Hrsg), Kurzkomentar GmbHG (2014)

*Umfahrer*, GmbH – Handbuch für die Praxis<sup>6</sup> (2008)

*Winkler*, The Societas Privata Europaea (SPE): The Myth of Regulatory Competition of  
European Corporate Law (2012)

### **Beiträge:**

*Adensamer/Bervoets*, Nationaler Gläubigerschutz auf dem Prüfstand – Die Entscheidung des  
EuGH in der Rs "Inspire Art", RdW 2003, 617

*Adensamer/Mitterecker*, Der Brexit und das österreichische (internationale) Gesellschaftsrecht  
– Die Zeit läuft, GesRZ 2017, 129

*Adensamer/Eckert*, Umzug von Gesellschaften in Europa, insbesondere Wegzug  
österreichischer Gesellschaften ins Ausland, GeS 2004, 52

*Adensamer/Kerschbaum*, Zur kleinen österreichischen GmbH-Reform im

- Abgabenänderungsgesetz 2014, NZG 2014, 452
- Aigner*, EuGH: Verhinderung des identitätswahrenden Wegzugs durch Sitzverlegung ins EU-Ausland zulässig, SWI 2009, 76
- Arnold*, Die GmbH im österreichischen Recht, GmbHR 1993, 344
- Bachner*, Durch den Brexit droht der Limited der Exitus, Die Presse 2016/27/04
- Bachner*, Exkursion auf die britischen Inseln – Praxisfragen und Hintergrundinformationen zur Herkunft von „Limiteds“, GeS 2007, 320
- Bachmann*, Grundtendenzen der Reform geschlossener Gesellschaften in Europa, ZGR 2001, 351
- Bachner/Lemanska/Horwath*, Die Europäische Privatgesellschaft ante portas! ecolex 2008, 824
- Bachner/Winner*, Das österreichische internationale Gesellschaftsrecht nach Centros (I), GesRZ 2000, 73
- Bachner/Winner*, Das österreichische internationale Gesellschaftsrecht nach Centros (II), GesRZ 2000, 161
- Barnert*, Vereinfachte Gründung der GmbH (§ 9a GmbHG) – ein erster Überblick, Aufsichtsrataktuell 2017 H 6, 32
- Bervoets/Lembeck*, Die „GmbH Light“ – ein Trend in Europa, SWI 2004, 355
- Bormann/Stelmaszczyk*, Strukturen des Gesellschaftsrechts im internationalen Vergleich, in Österreichische Notariatskammer (Hrsg), in FS *Ludwig Bittner* (2018) 13
- Bruckbauer*, Die Reform des Rechts der Kapitalgesellschaften im kontinental-europäischen Raum, GeS 2009, 4
- Brugger*, Der Brexit vernichtet die Limited in Österreich, SWK 2017, 1189
- Dommes/Eckert/Lembeck/Metzler*, Die englische Private Company Limited in Österreich – gesellschaftsrechtliche Fragen, SWI 2005, 477
- Doralt Peter*, Die GmbH-Novelle 1980, ÖStZ 1981, 74
- Doralt Peter*, Die GmbH im 20. Jahrhundert – Grundkonzept und Nachjustierungen in der 2. Republik, GesRZ-spezial 2006, 5
- Doralt Peter*, Zum Entwurf einer Novelle des GmbH-Gesetzes, JBl 1977, 124

*Eckert*, Kapitalerhöhung gegen Verrechnung von Gesellschafterforderungen, *GesRZ* 2011, 218

*Eckert*, Sitzverlegung nach der *Cartesio*-Entscheidung des EuGH, *GesRZ* 2009, 139

*Eckert/Lembeck/Metzler*, Private Limited Companies in Österreich, *SWK* 2005, W 148

*Endl*, Vereinfachte Gründung der GmbH (§ 9a GmbHG) – ein erster Überblick, *RdW* 2017, 667

*Enzinger*, Qualitative Deregulierung des Gesellschaftsrechts. Bemerkungen zu *Fitz/Roth*, Der Notar im Kapitalgesellschaftsrecht, *JB1* 2004, 334

*Fabricius*, Das Stammkapital der GmbH / Zur Frage seiner Rechtfertigung und der Rechtfertigung seiner Höhe, *GmbHR* 1970, 137

*Fantur*, Die GmbH – Gestaltungsfragen aus der anwaltlichen Praxis, *GesRZ-spezial* 2006, 19

*Feltl/Fragner*, Blick über die Grenze: Deutschland – GmbH-Rechtsnovelle, *GesRZ* 2007, 150

*Feltl/Fragner*, BMJ: Positive Signale zur Abschaffung des GmbH-Mindestkapitals, *GesRZ* 2007, 75

*Feltl/Fragner*, Regierungsprogramm für die 23. Gesetzgebungsperiode, *GesRZ* 2007, 3

*Feltl/Fragner*, Unternehmensrecht aktuell: Europäische Privatgesellschaft (EPG), *GesRZ* 2007, 5

*Forstinger*, Delawares komparative Vorteile: Warum Delaware auch in Zukunft der führende In- und Reinkorporationsstaat der USA bleiben wird, *ZfRV* 2002, 41

*Frischhut*, Eine europäische Rechtsform („Euro-GmbH“) für KMU: Die Europäische Privatgesellschaft, *ecolex* 2007, 217

*Frischhut*, EU-Vorschlag: Ein Euro für eine europäische GmbH, *Die Presse, Rechtspanorama* vom 15.7.2008, 25

*Frischhut/Geymeyer*, Die Societas Privata Europaea (SPE), *ecolex* 2008, 970

*Greindl*, Kapitalgesellschaften ohne Mindestkapital, OGH vollzieht *Centros*-Urteil des EuGH: Endgültiges Ende der Sitztheorie? *SWK* 1999, W 111

*Haberer*, The Road Ahead: Zur Zukunft des europäischen Gesellschaftsrechts, *GesRZ* 2003, 211

*Hack*, Die Sitztheorie nach dem EuGH-Urteil *Überseering*, *GesRZ* 2003, 29

*Handig*, EuGH zur Niederlassungsfreiheit von Gesellschaften, *ecolex* 2003, 87

*Hochedlinger/Hochedlinger-Scheidleder*, Grenzüberschreitende Sitzverlegungen in Europa, *ecolex* 2006, 130

*Holeschofsky*, Bemerkungen zur Gründerhaftung bei der Vor-GmbH, *RdW* 1985, 239

*Hommelhoff*, Die Europäische Privatgesellschaft (SPE): Auswirkungen auf die nationale GmbH, *GesRZ* 2008, 337

*Huemer*, Die Umwandlung von Gesellschafterdarlehen in Grundkapital (Stammkapital), *ÖJZ* 1959, 93

*Kalss*, Die Bedeutung der Publizitäts-, Zweigniederlassungs- und Einpersonengesellschaftsrichtlinie der Europäischen Union für das österreichische Gesellschaftsrecht (AG und GmbH), in *Koppensteiner* (Hrsg), Österreichisches und europäisches Wirtschaftsprivatrecht, Teil 1: Gesellschaftsrecht (1994) 119

*Kalss*, Die Zukunft der GmbH, *GesRZ-spezial* 2006, 41

*Kalss/Eckert*, Änderungen im Aktien- und GmbH-Recht durch das GesRÄG 2007, *GesRZ* 2007, 222

*Kalss/Eckert*, Die Kapitalaufbringung und -erhaltung im österreichischen GmbH-Recht – Perspektiven einer Reform, in *Wagner/Wedl*, Bilanz und Perspektiven zum europäischen Recht – Eine Nachdenkschrift anlässlich 50 Jahre Römische Verträge (2007) 131-147

*Kalss/Meissel*, Der europäische Gedanke im Gesellschaftsrecht, in *Kalss/Meissel*, Zur Geschichte des Gesellschaftsrechts in Europa (2003)

*Kalss/Schauer*, Die Reform des Kapitalgesellschaftsrechts, *GesRZ* 2006, 171

*Kastner*, Gesellschaft mbH Gesetz-Novelle, *JB1* 1980, 617

*Kastner*, Zur Erneuerung des österreichischen Gesellschaftsrechts, in *FS Christian Broda* (1976) 91

*Kastner*, Zur Reform des GmbH-Rechts, *JB1* 1973, 169

*Kastner*, Zur Teilreform des GmbH-Gesetzes (Novelle 1977), *GesRZ* 1977, 73

*Kastner et al.*, Reform des Gesellschaft m.b.H.-Rechtes, Bericht über das Seminar des Instituts für Handels- und Wertpapierrecht der Universität Wien, *WiPolBl* 1973 (Beilage)

*Kerschbaumer-Gugu*, Rechtliche Analyse der vereinfachten Gründung nach § 9a GmbHG,

NZ 2017, 102

*Konwitschka*, Verdeckte Sacheinlagen bei sanierenden Kapitalerhöhungen und deren Heilung, *ecolex* 2001, 183

*Krejci*, Braucht Österreich die ‚kleine AG‘? *RdW* 2001, 66

*Krejci*, Das GmbH-Mindestkapital soll doch noch in dieser Legislaturperiode auf EUR 10.000 gesenkt werden, *GES* 2013, 113

*Krejci*, Der Beitrag des Notariats zur Entwicklung des Gesellschaftsrechts, in *Frey* (Hrsg), *Heute Politik morgen Praxis. Justizpolitik und Notariat in Österreich und in der EU, 20. Europäische Notariatstage 2008 (2009)* 3

*Krejci*, Die GmbH auf Aktie. Ein rechtspolitischer Vorschlag zur Förderung der Eigenkapitalbildung, *RdW* 1995, 7

*Krejci*, Die SPE ist tot! Es lebe die SMC! *GES* 2013, 429

*Krejci*, Ein Käfig für den Tiger! Gesellschaftsrechtsreform und Gründungstheorie in Österreich, in *Achatz et al.*, *Steuerrecht – Verfassungsrecht – Europarecht*, in *FS Hans Georg Ruppe (2007)* 314

*Krejci*, Einmal hin, einmal her, rundherum, das ist sehr schwer: Zur GmbH-„Gegenreform“ 2014, *GES* 2014, 1

*Krejci*, Gegen Billig-Gesellschaften m.b.H. Zur Reformdiskussion über Gründungserleichterungen, *ÖZW* 2008, 3

*Krejci*, Gesellschaftsrechtliche Kriterien der Rechtsformwahl, *GesRZ* 2002, Sonderheft *Rechtsformgestaltung. Kriterien zur Wahl der optimalen Gesellschaftsform*, 3

*Krejci*, Gesellschaftsrechtspolitik im Zwielficht, *GES* 2013, 329

*Krejci*, GmbH-Reform: Gründerfreiheit statt Rechtssicherheit und Gläubigerschutz? Warum das MoMiG für Österreichs GmbH-Reform kein leuchtendes Vorbild ist, in *FS Karsten Schmidt (2009)* 981

*Krejci*, Hokusfokus um die SUP, *GES* 2015, 105

*Krejci*, Mutig in die neuen Zeiten? *GeS* 2013, 485

*Krejci*, SPE *in spe sine spe creditoribus*? in *FS Uwe Hüffer (2009)* 501

*Krejci*, Über Entwicklungen im GmbH-Recht in Europa und in Österreich, in *Welser*, *Reformen*

- im österreichischen und im türkischen Recht (2010) 81
- Krejci*, Zehn Fragen zum Kommissionsvorschlag für eine Societas Privata Europaea (SPE), NZ 2008, 362
- Krejci*, Zum Entwurf eines GesRÄG 2013. Die verbilligte GmbH verführt zur Unterkapitalisierung, erhöht die Insolvenzgefahr und schadet den Gläubigern GES 2013, 171
- Marschner/Walzel*, Gründung einer Kapitalgesellschaft ohne Mindestkapital möglich? Die Auswirkungen eines EuGH-Urteils auf das österreichische Gesellschaftsrecht, SWK 1999, 79
- Mayerhöfer*, Zentrale Diskussionspunkte der Europäischen Privatgesellschaft (EPG) anlässlich des offiziellen VO-Vorschlags der Kommission, GeS 2008, 176
- Merzo*, GmbH: Mindeststammkapital und Verfassung, GesRZ 2017, 261
- Moser*, Die GmbH "neu" im Überblick. Senkung des Mindeststammkapitals, Reduktion der Gründungskosten, Entfall der Veröffentlichungspflicht, CFOaktuell 2013, 144
- Nowotny*, Hundert Jahre GmbH-Gesetz, RdW 2006, 483
- Nowotny*, Zweck und Sinnhaftigkeit des Notariatsakts bei der GmbH-Gründung, AnwBl 2002, 255.
- Oelkers*, Mindestkapital und Nennkapital – Leistungskraft für den Gläubigerschutz, GesRZ 2004, 360
- Ratka*, Aktuelle Entwicklungen im europäischen Gesellschaftsrecht, GeS 2004, 20
- Ratka/Rauter*, Cartesio und das *ius vitae necisque* des Wegzugsstaates, wbl 2009, 62
- Rauter*, GesRÄG 2013: Die GmbH im "Ausverkauf", JAP 2013/2014/5
- Rauter*, SPE – eine neue europäische Gesellschaftsform in Vorbereitung, JAP 2008/2009, 47
- Regner/Winter*, Die Zukunft des Europäischen Gesellschaftsrechts. Gestalten wir eine nachhaltige Unternehmenslandschaft oder bleibt der Wildwuchs von Briefkastenfirmen in Europa? in Österreichische Notariatskammer (Hrsg), in FS *Ludwig Bittner* (2018) 513
- Reich-Rohrwig*, 100 Jahre GmbH-Gesetz, ecollex 2006, 488
- Reich-Rohrwig*, Empirische Untersuchungen über die GmbH in Österreich, in FS *Gerhard Frotz* (1993) 381

*Reich-Rohrwig*, GesRÄG 2013, ecolex 2013, 705

*Reich-Rohrwig*, Startschuss zur GmbH-Reform, ecolex 2008, 138

*Reich-Rohrwig*, Verbotene Einlagenrückgewähr bei Kapitalgesellschaften, ecolex 2003, 152

*Reich-Rohrwig/Gröss*, Inspire Art: EuGH führt Centros und Überseering fort, ecolex 2003, 913

*Robertson*, Gesellschaftsrechts-Änderungsgesetz 2013 - eine "kleine" GmbH-Reform, GesRZ 2013, 68

*Roth*, Die Sitztrennung im europäischen Gesellschaftsrecht nach Vale, in FS *Hellwig Torggler* (2013) 1023

*Roth*, Gläubigerschutz bei der GmbH: Was ist unverzichtbar? in FS *Peter Doralt* (2004) 479

*Roth*, Gläubigerschutz und Mindestkapital in der GmbH nach den österreichischen und deutschen Gesetzesnovellen vom 1.1.1981, GesRZ 1982, 137

*Rüffler*, Gläubigerschutz durch Mindestkapital und Kapitalerhaltung in der GmbH – überholtes oder sinnvolles Konzept? Ges 2005, 140

*Rüffler*, Vereinfachte GmbH-Gründung: Wirkungslos, aber gefährlich, Die Presse 2017/05/03

*Ruhm/Toms*, EuGH Rechtssache Cartesio – Noch ein steiniger Weg zur gesellschaftsrechtlichen Niederlassungsfreiheit, GeS 2009, 48

*Scheuer/Traar*, GmbH-Recht im Umbruch? ÖJZ 2008/9

*Schönherr*, Vorschläge für eine Entschlackung des GmbHG, in FS *Otto Reimer* (1976) 55

*Schopper/Walch*, Die vereinfachte Gründung nach § 9a GmbHG, ÖBA 2018, 379

*Schwimann*, Gesellschaftsrecht und Europarecht – Zum Einfluss des europäischen Gemeinschaftsrechts auf das österreichische internationale Gesellschaftsrecht, NZ 2000, 230

*Staringer*, Sitzverlegung in der EU nur mit neuer Rechtsform, Die Presse, Rechtspanorama vom 23.12.2008, 8

*Straube*, Gedanken zur geplanten „*Societas Unius Personae*“ (SUP), in *Blocher/Gelter/Pucher* (Hrsg), in FS *Christian Nowotny* (2015) 469

*Torggler Ulrich*, Fünf (Anti-)Thesen zum Haftungsdurchgriff, JBl 2006, 85

*Torggler Ulrich*, Die Private Limited Company mit Hauptverwaltung in Österreich, GBU 1999, 49

*Winkler*, Die Reform des österreichischen GmbH-Rechts im europäischen Trend: langsam, aber doch, GeS 2011, 164

*Winkler*, Vom Mythos eines Regulierungswettbewerbs im Europäischen Gesellschaftsrecht, wbl 2012, 421

*Winner*, Von Centros zu Überseering BV – Der EuGH und das Internationale Gesellschaftsrecht, GeS 2003, 66

*Zehetner Jörg*, Der Mythos „Limited“: Von vermeintlichen Vorteilen und Nachteilen der Private Limited Company, in *Hammerschmied* (Hrsg), Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung in Europa, in FS *Alfred Brogyányi* (2008) 359

*Zehetner Jörg*, Niederlassungsfreiheit und Sitztheorie, *ecolex* 1999, 771

*Zehetner Jörg/Zehetner Ulf*, Die Limited: Eine Alternative zur GmbH? Teil 1, GBU 2008/11/12

*Zehetner Jörg/Zehetner Ulf*, Die Limited: Eine Alternative zur GmbH? Teil 2, GBU 2008/10/12

*Zollner*, Mindestkapital und Kapitalaufbringung – wirksame Instrumente des Gläubigerschutzes? in *Kalss* (Hrsg), Aktuelle Fragen des Gläubigerschutzes im italienischen, slowenischen und österreichischen Kapitalgesellschaftsrecht (2002) 29

*Zib*, Zur vereinfacht gegründeten GmbH nach § 9a GmbHG, in Österreichische Notariatskammer (Hrsg), in FS *Ludwig Bittner* (2018) 851

## **Deutschland:**

### **Kommentare/Monografien:**

*Ahrens*, Europäisches und Internationales Wirtschaftsprivatrecht<sup>2</sup> (2016)

*Bauer*, Gläubigerschutz durch eine formelle Nennkapitalziffer – Kapitalgesellschaftsrechtliche Notwendigkeit oder überholtes Konzept? Frankfurter wirtschaftsrechtliche Studien XXIII (1995)

*Baumbach/Hueck* (Hrsg), GmbHG<sup>22</sup> (2019)

*Boucourechliev/Hommelhoff*, Vorschläge für eine Europäische Privatgesellschaft, Strukturelemente einer kapitalmarktfernen europäischen Gesellschaftsform (1999)

*Constantinesco*, Einführung in die Rechtsvergleichung I (1971)

*Fleischer/Goette*, Münchener Kommentar GmbHG<sup>3</sup> (2018)

- Habersack/Verse*, Europäisches Gesellschaftsrecht<sup>5</sup> (2019)
- Hamann*, Evidenzbasierte Jurisprudenz. Methoden empirischer Forschung und ihr Erkenntniswert für das Recht am Beispiel des Gesellschaftsrechts (2014)
- Helms*, Die Europäische Privatgesellschaft. Rechtliche Strukturen und Regelungsprobleme einer supranationalen Gesellschaft des Gemeinschaftsrechts, Rechtsfragen der Handelsgesellschaften (1998)
- Henssler/Strohn* (Hrsg), Gesellschaftsrecht<sup>4</sup> (2019)
- Herdegen*, Internationales Wirtschaftsrecht<sup>11</sup> (2017)
- Jung et al.*, Gesellschaftsrecht in Europa: Handbuch (2019)
- Keuper/Schunk* (Hrsg), Internationalisierung deutscher Unternehmen: Strategien, Instrumente und Konzepte für den Mittelstand<sup>2</sup> (2011)
- Kieninger*, Wettbewerb der Privatrechtsordnungen im Europäischen Binnenmarkt (2002)
- Kischel*, Rechtsvergleichung (2015)
- Krüger*, Mindestkapital und Gläubigerschutz (2005)
- Lutter/Hommelhoff*, GmbH-Gesetz<sup>20</sup> (2019)
- Mellert/Verfürth*, Wettbewerb der Gesellschaftsformen, Ausländische Kapitalgesellschaften als Alternative zu AG und GmbH (2005)
- Michalski* (Hrsg), GmbHG<sup>3</sup> (2017)
- Mörsdorf*, Nun also doch! – Die überraschende Umdeutung der Niederlassungsfreiheit zur Rechtswahlfreiheit durch den EuGH im Urteil Polbud, ZIP 2017, 2381
- Paefgen*, Wider die gesellschaftsrechtliche Ausländerphobie, ZIP 2004, 2253
- Roth/Altmeppen*, GmbHG<sup>9</sup> (2019)
- Römermann* (Hrsg), Münchener Anwaltshandbuch GmbH-Recht<sup>4</sup> (2019)
- Schärfl*, Die Doppelfunktion des Stammkapitals im europäischen Wettbewerb, Reformüberlegungen zum deutschen GmbH-Recht, Schriften des Augsburg Center for Global Economic Law and Regulation (2006)
- Thomale*, Kapital als Verantwortung – Kritik der haftungsbeschränkten juristischen Person (2019)

*Tietje* (Hrsg), Internationales Wirtschaftsrecht<sup>2</sup> (2015)

*Wicke* (Hrsg), GmbHG<sup>3</sup> (2016)

*Ziemons/Jaeger*, Beck'scher Online-Kommentar GmbHG<sup>38</sup> (Stand: 01.02.2019)

**Beiträge:**

*Barta*, Das Kapitalsystem von GmbH und AG – Inhalt und Zweck der Regelungen über Stamm- bzw. Grundkapital, GmbHHR 2005, 657

*Bayer*, Aktuelle Entwicklungen im Europäischen Gesellschaftsrecht, BB 2004, 1

*Bayer*, Rechtsstatsachenforschung zum Unternehmensrecht – Bestandsaufnahme und Perspektiven, in *Bayer/Lingelbach* (Hrsg), 100 Jahre Wirtschaftsrecht (2015) 61

*Bayer et al.*, Zur Entwicklung des Europäischen Gesellschaftsrechts: Stellungnahme der Arbeitsgruppe Europäisches Gesellschaftsrecht (Group of German Experts on Corporate Law) zum Report of the High Level Group of Company Law Experts on a modern Regulatory Framework for Company Law in Europe, ZIP 2003, 863

*Bayer/Hoffmann*, Die Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt) des MoMiG zum 1.1.2009 – eine erste Bilanz, GmbHHR 2009, 124

*Bayer/Hoffmann*, Die Wahrnehmung der limited als Rechtsformalternative zur GmbH, GmbHHR 2007, 415

*Bayer/Hoffmann*, Erste Unternehmergesellschaften (haftungsbeschränkt) seit Inkrafttreten des MoMiG, GmbHHR 2008, 1302

*Bayer/Schmidt*, Aktuelle Entwicklungen im Europäischen Gesellschaftsrecht, BB 2008, 454

*Bayer/Schmidt*, Grenzüberschreitende Mobilität von Gesellschaften: Formwechsel durch isolierte Satzungssitzverlegung, ZIP 2017, 2225

*Becht/Mayer/Wagner*, Where do firms incorporate? Deregulation and the Cost of Entry, European Corporate Governance Institute (ECGI) Working Paper Series in Law, Working Paper N°. 70/2006

*Behrens*, Die Europäisierung des Gesellschaftsrechts, GmbHHR 1993, 129

*Blaurock*, Mindestkapital und Haftung bei der GmbH, in *Damm/Heermann/Veil*, in FS *Thomas Raiser* (2005) 3

- Bormann*, Der Entwurf des „MoMiG“ und die Auswirkungen auf die Kapitalaufbringung, GmbHR 2006, 1022
- Bormann*, Die Kapitalaufbringung nach dem Regierungsentwurf des MoMiG, GmbHR 2007, 897
- Dejmek*, Das künftige Europa und die Europäische Privatgesellschaft, NZG 2001, 878
- Drobnig*, Methodenfragen der Rechtsvergleichung im Lichte der „International Encyclopedia of Comparative Law“, in *Caemmerer* (Hrsg), *Ius Privatum Gentium: FS für Max Rheinstein zum 70. Geburtstag am 5. Juli 1969 I: Rechtsmethodik und internationales Recht* (1969) 221
- Drygala*, Stammkapital heute – Zum veränderten Verständnis vom System des festen Nennkapitals und seinen Konsequenzen, ZGR 2006, 587
- Dubovitskaya*, Niederlassungsfreiheit und Harmonisierung des Gesellschaftsrechts in Europa: Eine schwierige Beziehung, *Rechtstheorie* 45/2014, 517
- Eidenmüller*, Die GmbH im Wettbewerb der Rechtsformen, ZGR 2007, 168
- Eidenmüller/Engert*, Rechtsökonomik des Mindestkapitals im GmbH-Recht, GmbHR 2005, 433
- Eidenmüller/Rehm*, *European Corporate Law Review: Niederlassungsfreiheit versus Schutz des inländischen Rechtsverkehrs: Konturen des Europäischen Internationalen Gesellschaftsrechts*, ZGR 2004, 159
- Fietz*, Die europäische Privatgesellschaft (EPG) – wird sie kommen? GmbHR 2007, R 321
- Fleischer*, Die deutsche Unternehmergesellschaft und ihre ausländischen Ableger – Bestandsaufnahme und Reformperspektiven, *Der Betrieb* 2017, 291
- Freitag/Riemenschneider*, Die Unternehmergesellschaft – „GmbH light“ als Konkurrenz für die Limited? ZIP 2007, 1485
- Gehb/Drange/Heckelmann*, Gesellschaftsrechtlicher Typenzwang als Zwang zu neuem Gesellschaftstyp, NZG 2006, 88
- Gelter*, Wettbewerbsbedingungen im europäischen Gesellschaftsrecht; Die amerikanische Diskussion um die Struktur regulatorischen Wettbewerbs und ihre Bedeutung für Europa, ZfRV 2004, 170

- Greitemann/Bergjan*, Die Auswirkungen des MoMiG auf die M&A-Praxis in *Birk* (Hrsg) Transaktionen, Vermögen, Pro Bono, in FS zum zehnjährigen Bestehen von P+P Pöllath + Partners (2008) 271
- Grunewald/Noack*, Zur Zukunft des Kapitalsystems der GmbH – Die Ein-Euro-GmbH in Deutschland, *GmbHHR* 2005, 189
- Haas*, Mindestkapital und Gläubigerschutz in der GmbH, *DStR* 2006, 993
- Happ/Holler*, „Limited“ statt GmbH? Risiken und Kosten werden gern verschwiegen, *DStR* 2004, 731
- Heckschen*, Die GmbH-Reform – Wege und Irrwege, *DStR* 2007, 1442
- Heckschen*, MoMiG – Ein Überblick über den aktuellen Diskussionsstand, *NotBZ* 2006, 381
- Hirte*, Die „Große GmbH-Reform“ – Ein Überblick über das Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen (MoMiG), *NZG* 2008, 761
- Hommelhoff*, Die Europäische Privatgesellschaft – Diskussionsstand 2003 und Fortgang, in FS Peter Doralt (2004) 199
- Hommelhoff/Helms*, Weiter auf dem Weg zur Europäischen Privatgesellschaft, *GmbHHR* 1999, 53
- Hommelhoff/Teichmann*, Bundesrat bremst Europa-GmbH: Erwiderung auf seine Stellungnahme zum SPE- Verordnungsvorschlag, *GmbHHR* 2009, 36
- Hommelhoff/Teichmann*, Eine GmbH für Europa: Der Vorschlag der EU-Kommission zur *Societas Privata Europaea* (SPE), *GmbHHR* 2008, 897
- Jungmann*, Solvenzttest- versus Kapitalschutzregeln, Zwei Systeme im Spannungsfeld von Gläubigerschutz und Finanzierungsfreiheit der Kapitalgesellschaft, *ZGR* 2006, 638
- Kallmeyer*, Vor- und Nachteile der englischen Limited im Vergleich zur GmbH oder GmbH & Co KG, *DB* 2004, 636
- Kieninger*, Internationales Gesellschaftsrecht nach „Centros“, „Überseering“ und „Inspire Art“: Antworten, Zweifel und offene Fragen, *ZEuP* 2004, 685
- Kindler*, Grundzüge des neuen Kapitalgesellschaftsrechts Das Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen (MoMiG), *NJW* 2008, 3249

*Kleindiek*, Krisenvermeidung in der GmbH: Gesetzliches Mindestkapital, Kapitalschutz und Eigenkapitalersatz, ZGR 2006, 335

*Kornblum*, Bundesweite Rechtstatsachen zum Unternehmens- und Gesellschaftsrecht (Stand 1.1.2013), GmbHR 2013, 693

*Lutter*, Das Europäische Unternehmensrecht im 21. Jahrhundert, ZGR 2000, 1

*Lutter*, Der Regierungsentwurf eines Reformgesetzes zum deutschen GmbH-Gesetz, GesRZ 2007, 365

*Lutter*, Für eine Unternehmer-Gesellschaft (UG) – Zur notwendigen Erweiterung der geplanten GmbH- Reform, BB-Special 7, 2006, 2

*Maul/Röhricht*, Die Europäische Privatgesellschaft – Überblick über eine neue supranationale Rechtsform, BB 2008, 1574

*Mellert*, BB-Forum: Das MindestkapG – Hoffentlich aufgehoben und nicht aufgeschoben, BB 2005, 1809

*Merkt*, Das europäische Gesellschaftsrecht und die Idee des „Wettbewerbs der Gesetzgeber“, RabelsZ 1995, 545

*Merkt*, Der Kapitalschutz in Europa – ein rocher de bronze? ZGR 2004, 305

*Meyer/Ludwig*, Französische GmbH-Reform 2003/2004: Hintergründe und „Ein-Euro-GmbH“, GmbHR 2005, 346

*Micheler*, Gläubigerschutz im englischen Gesellschaftsrecht, ZGR 2004, 324

*Müller*, Die Limited in Deutschland: Ein Überblick über das anzuwendende englische Gesellschaftsrecht, DB 2006, 824

*Nemessányi*, Cartesio ergo sum? ZfRV 2008, 264

*Niemeier*, Die „Mini-GmbH“ (UG) trotz Marktwende bei der Limited? ZIP 2007, 1794

*Niemeier*, Erste Startkapitalisierungsdaten der „UG“: Mit Schwung in die kapitallose Unternehmensgründung? Status:Recht 2009, 74

*Niemeier*, GmbH und Limited im Markt der Unternehmensträger, Marktdaten zur Reformdebatte, ZIP 2006, 2237

*Oppenhoff*, Die GmbH-Reform durch das MoMiG – ein Überblick, BB 2008, 1631

*Pellens/Jödicke/Richard*, Solvenzttests als Alternative zur bilanziellen Kapitalerhaltung? DB 2005, 1393

*Peters*, Verlegung des tatsächlichen Verwaltungssitzes der GmbH ins Ausland – Aufgabe der Sitztheorie durch das MoMiG? GmbHR 2008, 245

*Peters/Wüllrich*, Gesellschaftsrechtliche Einigung Europas durch die *Societas Privata Europaea* (SPE), DB 2008, 2179

*Priester*, „GmbH light“ – ein Holzweg! ZIP 2005, 921

*Riesenhuber*, Rechtsvergleichung als Methode der Rechtsfindung? AcP 2018, 693

*Roth*, Qualität und Preis am Markt für Gesellschaftsformen, ZGR 2005, 348

*Römermann*, Der Entwurf des „MoMiG“ – die deutsche Antwort auf die Limited, GmbHR 2006, 673

*Schäfer/Ascherfeld*, Die Reform des deutschen GmbH-Rechts durch das MoMiG, RWZ 2007, 289

*Schärtl*, Die Doppelfunktion des Stammkapitals als Schlüssel für ein wettbewerbsfähiges GmbH-Recht in Deutschland? GmbHR 2007, 344

*Schärtl*, Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt) – innovatives Konzept oder „typischer Kompromiss“? GmbHR 2007, 305

*Schmidt Karsten*, Brüderchen und Schwesterchen für die GmbH? – Eine Kritik der Vorschläge zur Vermehrung der Rechtsformen, DB 2006, 1096

*Schmidt Karsten*, GmbH-Reform, Solvenzgewährleistung und Insolvenzpraxis – Gedanken zum MoMiG-Entwurf, GmbHR 2007, 1

*Schmidt Jessica*, Grenzüberschreitende Mobilität von Gesellschaften – Vergangenheit, Gegenwart, ZVglRWiss 116 (2017), 313

*Schmidtbleicher*, Verwaltungssitzverlegung deutscher Kapitalgesellschaften in Europa: „SEVIC“ als Leitlinie für „Cartesio“? BB 2007, 613

*Schürnbrand*, Die große GmbH-Reform 2008: Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen (MoMiG), JA 2009, 81

*Spindler/Gerdemann*, Rechtstatsachenforschung. Grundlagen, Entwicklung und Potentiale, Aktiengesellschaft 2016, 698.

*Steinberger*, Die Europäische Privatgesellschaft – Schaffung einer europaweiten Rechtsform für kleine und mittlere Unternehmen im Binnenmarkt, BB Beilage 7, 2006, 27

*Steinberger*, Europäische Privatgesellschaft: Weniger Kosten, mehr Rechtssicherheit und gut für den Mittelstand, BB 30/2008, M1

*Stenzel*, Die Pflicht zur Bildung einer gesetzlichen Rücklage bei der UG (haftungsbeschränkt) und die Folgen für die Wirksamkeit des Gesellschaftsvertrags einer UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG, NZG 2009, 168

*Teichmann*, Die GmbH im europäischen Wettbewerb der Gesellschaftsformen, ZGR 2017, 543

*Teichmann*, Die Auslandsgesellschaft & Co, ZGR 2014, 220

*Teichmann*, Gesellschaftsrecht im System der Europäischen Niederlassungsfreiheit, ZGR 2011, 639

*Teichmann/Götz*, Metamorphosen des Europäischen Gesellschaftsrechts: SUP, Company Law Package und SPE 2.0, ZEuP 2019, 260

*Teichmann/Knaier*, Grenzüberschreitender Formwechsel nach „Polbud“, GmbHR 2017, 1314

*Thomale*, Die Legitimität der institutionell beschränkten Haftung – Dogmatische, ökonomische und historisch-rechtsvergleichende Perspektiven, in *Weller* (Hrsg.), in FS *Giuseppe B. Portale* (im Erscheinen)

*Thomale*, Verstärkte Zusammenarbeit als Einigungersatz? – Eine Erwiderung am Beispiel des Europäischen Privat- und Gesellschaftsrechts, ZEuP 2015, 517

*Triebel/Otte*, Reform des GmbH-Rechts: MoMiG – ein vernünftiger Schritt zur Stärkung der GmbH im Wettbewerb oder Kompromiss auf halber Strecke? ZIP 2006, 1321

*Veil*, Die Reform des Rechts der Kapitalaufbringung durch den RegE MoMiG, ZIP 2007, 1241

*Veil*, Die Unternehmergeellschaft nach dem Regierungsentwurf des MoMiG – Regelungsmodell und Praxistauglichkeit, GmbHR 2007, 1080

*Vossius*, Entwicklung und Zukunft des geltenden Kapitalschutzrechts, NotBZ 2006, 375

*Wachter*, Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die neue Unternehmergeellschaft (haftungsbeschränkt), GmbHR 2008, 1296

*Waldenberger/Sieber*, Die Unternehmergeellschaft (haftungsbeschränkt) jenseits der „Existenzgründer“, GmbHR 2009, 114

- Wälzholz*, Das MoMiG kommt: Ein Überblick über die neuen Regelungen – Mehr Mobilität, Flexibilität und Gestaltungsfreiheit bei gleichzeitigem Gläubigerschutz, *GmbHHR* 2008, 841
- Weller*, Wind of Change im Gesellschaftsrecht: Von den „closed“ zu den „framed open societies“, *ZEuP* 2016, 53
- Weller/Benz/Thomale*, Rechtsgeschäftliche Parteiautonomie, *ZEuP* 2017, 150
- Weng*, Die Rechtssache Cartesio – Das Ende Daily Mails? *EWS* 2008, 264
- Westhoff*, Die Verbreitung der englischen Limited mit Verwaltungssitz in Deutschland, *GmbHHR* 2007, 474
- Westhoff*, Die Verbreitung der limited mit Sitz in Deutschland, *GmbHHR* 2006, 525
- Wilhelm*, „Unternehmergesellschaft (haftungsbeschränkt)“ – Der neue § 5a GmbHG in dem RegE zum MoMiG, *DB* 2007, 1510
- Wilhelmi*, Das Mindestkapital als Mindestschutz – eine Apologie im Hinblick auf die Diskussion um eine Reform der GmbH angesichts der englischen Limited, *GmbHHR* 2006, 13
- Winter et al.*, Bericht der hochrangigen Gruppe von Experten auf dem Gebiet des Gesellschaftsrechts über moderne gesellschaftsrechtliche Rahmenbedingungen in Europa, (2002)
- Zypries*, Zeit für Gründer – die GmbH-Reform, *BB-Special* 7, 2006, 1

#### **Weitere Länder:**

#### **Kommentare/Monografien:**

- Basedow et al.*, *European Encyclopedia of Private International Law* (2017)
- Davies*, *Legal Capital in Private Companies in Great Britain*, AG 1998, 346
- Easterbrook/Frank*, *The Economic Structure of Corporate Law*<sup>4</sup> (1998)
- Kraakman et al.*, *The Anatomy of Corporate Law: A Comparative and Functional Approach*<sup>3</sup> (2017)
- Parisi* (Hrsg), *The Oxford Handbook of Law and Economics I: Methodology and Concepts* (2017)
- Parisi* (Hrsg), *The Oxford Handbook of Law and Economics II: Private and Commercial Law*

(2017)

*Reimann/Zimmermann*, The Oxford Handbook of Comparative Law<sup>2</sup> (2019)

*Siems*, Comparative Law<sup>2</sup> (2018)

*Süß/Wachter*, Handbuch des internationalen GmbH-Rechts<sup>3</sup> (2016)

**Beiträge:**

*Alvarez Royo-Villanova*, Proposal Regarding the Use of Digital Tools and Processes in Company Law: The Practitioner's Perspective, ECFR 2019, 149

*Bartolacelli*, Almost Capital-less Companies in Europe: Trends, Variations, Competition, ECFR 2017, 187

*Bartolacelli*, The New Italian Almost Capital-less Private Companies: A Brand New Tile in the Mosaic, ECFR 2016, 665

*Behme*, The Principle of Mutual Recognition in the European Union Internal Market With Special Regard to the Cross-Border Mobility of Companies, ECFR 2016, 31

*Conac*, The *Societas Unius Personae* (SUP): A "Passport" for Job Creation and Growth, ECFR 2015, 139

*Davies et al.*, The Commission's 2018 Proposal on Cross-Border Mobility – An Assessment, ECFR 2019, 196

Forum Europaeum on Company Groups, Proposal to Facilitate the Management of Cross-Border company Groups in Europe, ECFR 2015, 299

*Harbarth*, From SPE to SMC: The German Political Debate on the Reform of the "Small Company" ECFR 2015, 230

*Hansen*, The SUP Proposal: Registration and Capital (Articles 13–17), ECFR 2015, 177

*Havel*, Czech Corporate Law on its Way, ECFR 2015, 19

*Hellwig*, The Effects of Brexit on the Law of Companies and Financial and Legal Services in Europe: A Summary Overview, ECFR 2017, 252

*Knapp*, Directive on Single-Member Private Limited Liability Companies: Distributions, ECFR 2015, 191

*Kravets*, Discussion Report: The Proposal for a Directive on the Single-Member Private

Limited Liability Company, ECFR 2015, 125

*Malberti*, The relationship between the *Societas Unius Personae* proposal and the acquis: Creeping Toward an Abrogation of EU Company Law? ECFR 2015, 238

*Mucha/Oplustil*, Redefining the Freedom of Establishment under EU Law as the Freedom to Choose the Applicable Company Law: A Discussion after the Judgment of the Court of Justice (Grand Chamber) of 25 October 2017 in Case C-106/16, Polbud, ECFR 2018, 270

*Mukwiri*, Protectionism and the EU Market for Corporate Control: Is It Possible to Get the Best of Both Worlds? ECFR 2017, 308

*Pernazza*, Fiat Chrysler Automobiles and the New Face of the Corporate Mobility in Europe, ECFR 2017, 37

*Ringe*, Corporate Mobility in the European Union – a Flash in the Pan? An empirical study on the success of lawmaking and regulatory competition, ECFR 2013, 230

*Schmidt Jessica*, Cross-border Mergers, Divisions and Conversions: Accomplishments and Deficits of the Company Law Package, ECFR 2019, 222

*Sørensen*, Branches of Companies in the EU: Balancing the Eleventh Company Law Directive, National Company Law and the Right of Establishment, ECFR 2014, 53

*Spindler*, Digitalization and Corporate Law – A View from Germany, ECFR 2019, 106

*Teichmann*, Corporate Groups within the Legal Framework of the European Union: The Group-Related Aspects of the SUP Proposal and the EU Freedom of Establishment, ECFR 2015, 202

*Teichmann*, The Company Law Package – Content and State of Play, ECFR 2019, 3

*Told*, (BR)EXIT from the EU. A Legal Perspective, ECFR 2017, 490

**Judikatur:**

OGH 08.05.1991, 8 Ob 9/91 = ecolex 1991, 697

OGH 15.07.1999, 6 Ob 124/99z = wbl 2000, 85

OGH 01.12.2005, 6 Ob 271/05d = JBl 2006, 388

VfGH 14.03.2017, G 311/2016

EuGH C-79/85, *Segers*, ECLI:EU:C:1986:308

EuGH C-81/87, *Daily Mail*, ECLI:EU:C:1988:456  
EuGH C-212/97, *Centros*, ECLI:EU:C:1999:126  
EuGH C-208/00, *Überseering*, ECLI:EU:C:2002:632  
EuGH C-167/01, *Inspire Art*, ECLI:EU:C:2003:512  
EuGH C-411/03, *SEVIC Systems AG*, ECLI:EU:C:2005:762  
EuGH C-210/06, *Cartesio*, ECLI:EU:C:2008:723  
EuGH C-371/10, *National Grid Indus*, ECLI:EU:C:2011:785  
EuGH C-378/10, *Vale*, ECLI:EU:C:2012:440  
EuGH C-594/14, *Kornhaas*, ECLI:EU:C:2015:806  
EuGH C-106/16, *Polbud*, ECLI:EU:C:2017:804  
BGH 27.09.1999, II ZR 371/98 = GmbHR 1999, 1134  
BGH, Beschluss vom 30.03.2000, VII ZR 370/98 = ZIP 2000, 967  
BGH 01.07.2002, II ZR 380/00